

Rhein-Gunsrück-Zeitung

vom 28.05.2011

Oberwesel will mit Boppard anbandeln

Gebietsreform Verbandsgemeinderat befürwortet einstimmig Fusionsgespräche mit dem nördlichen Nachbarn

Von unserem Redakteur Wolfgang Wendling

Mittelrhein. Die Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel will mit der Stadt Boppard die Möglichkeit einer Fusion beider Gebietskörperschaften erörtern. Einstimmig hat der VG-Rat am Donnerstagabend Bürgermeister Thomas Bungert beauftragt, dem Bopparder Bürgermeister Walter Bersch ein Gesprächsangebot zu unterbreiten.

Seit Anfang April liegen die vom Land bestellten Gutachten vor. Darin wurde geprüft, welche verwaltungstechnischen und finanziellen Auswirkungen ein Zusammenschluss der VG St. Goar-Oberwesel sowohl mit der verbandsfreien Stadt Boppard als auch mit einer Verbandsgemeinde Boppard hätte.

Aus St. Goar-Oberweseler Sicht ist eine Fusion mit Boppard nicht unproblematisch. Bungert führte den hohen Schuldenstand der Stadt Boppard an, die verschiedenen Systeme der Abwasserbeseitigung und den personell vergleichsweise stark besetzten Bopparder Bauhof.

Für Boppard spricht vor allem die hohe Steuerkraft der Stadt. Die Pluspunkte bei einem Zusammenschluss beider Gebietskörperschaften zu einer Verbandsgemeinde sind laut Gutachten die mittel- und langfristigen Einspareffekte, die hauptsächlich im personellen Bereich liegen. Daher ist sich die St. Goar-Oberweseler Seite bewusst, dass mit einer Fusion „der Forderung zur Schaffung größerer, leistungsstärkerer und effizienterer Verwaltungseinheiten“ entsprochen werde, heißt es im Beschluss der VG-Rates.

Wenn eine Fusion zustande käme, dann wohl nur mit einer Verbandsgemeinde Boppard. Bereits am 25. März 2010 hatte der VG-Rat diese Voraussetzung einstimmig beschlossen.

CDU-Fraktionssprecher Bruno Schön machte deutlich, dass jeder im VG-Rat sich eigentlich den Erhalt der Verbandsgemeinde wünsche. St. Goar-Oberwesel sei wirtschaftlich gesund, habe eine gute Infrastruktur, und die Menschen identifizierten sich mit dem Gebilde. Aber: Tatsache sei auch, dass „diese Selbstständigkeit und Eigenständigkeit durch eine rasante demografische Entwicklung mehr als auf dem Prüfstand steht“, räumte Schön unumwunden ein.

SPD-Sprecher Reinhold Rüdeshcim wies darauf hin, dass in der VG St. Goar-Oberwesel der Rückgang der Bevölkerung kreisweit am stärksten sei.

Käme eine Fusion noch in der bis 30. Juni 2012 laufenden Freiwilligkeitsphase zustande, würde sich Mainz finanziell erkenntlich zeigen. Ab 2014 hat das Land laut Gesetz die Möglichkeit, Zwangsfusionen anzuordnen.